

A6NEU Die Kohle bleibt im Boden – echter Klimaschutz ohne faule Deals!

Gremium: Landesmitgliederversammlung

Beschlussdatum: 11.03.2023

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Die Energieerzeugung in Brandenburg steckt noch im vergangenen Jahrhundert fest,
2 während die Klimakrise längst angekommen ist. Dürren und Waldbrände sind nur
3 erste Anzeichen dafür. Trotzdem bleibt Brandenburg in Sachen Klimaschutz weit
4 hinter seinen Potenzialen zurück. Wir werden mit größter Wahrscheinlichkeit
5 unseren Beitrag zur Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze verfehlen, wie das vom
6 Brandenburger Umweltministerium in Auftrag gegebene Gutachten des IÖW deutlich
7 macht.

8 Der größte Teil klimaschädlicher Brandenburger Emissionen entfällt auf den
9 Energiesektor. Dafür verantwortlich ist vor allem die fossile Energie- und
10 Wärmeerzeugung aus Braunkohle.

11 Mit der Lausitz im Süd-Osten teilen sich Brandenburg und Sachsen eines der nach
12 wie vor aktiven Kohleabbaugebiete in Deutschland. Obwohl die Verstromung von
13 Kohle nicht zwingend für die Versorgungssicherheit benötigt wird, halten SPD und
14 CDU in Brandenburg unnötig an der Kohle fest. Das hat nicht nur klimaschädliche
15 Emissionen zur Folge, sondern schädigt nachhaltig den Wasserhaushalt, Ökosysteme
16 und die Biodiversität. Die Schäden werde im nächsten Jahrhundert Folgekosten
17 mindestens in Milliardenhöhe zur Folge haben. Alleine seit der Wende sind
18 bereits 12 Milliarden Euro für die Sanierung des Altbergbaus ausgegeben worden,
19 für einige Gebiete liegen bis heute keine Pläne oder Ideen zur Sanierung vor.
20 Damit muss Schluss sein!

21 Auch in diesem Zusammenhang können wir die notwendigen Antworten auf die
22 Klimakrise nur geben, wenn wir Eigentumsfragen stellen. Das bedeutet:
23 Ökologische Ausbeutung darf nicht weiter den Profiten weniger dienen, während
24 die große Mehrheit unter den Folgen leiden muss.

Deshalb fordern wir:

- Die nach 2030 verbleibende Kohle in Brandenburg und Sachsen muss unter der Erde bleiben! Der Bund muss mit den beiden Bundesländer einen Pfad

28 aufzeigen, um das Kraftwerk Schwarze Pumpe und die sächsischen Kraftwerke
29 in Boxberg und Lippendorf bis spätestens 2030 vom Netz zu nehmen.

- 30 • Der Brandenburger Kohleausstieg muss auf spätestens 2030 vorgezogen
31 werden. Dabei beschränken wir uns nicht nur auf ein Datum, sondern die bis
32 dahin abgebagerte Kohlemenge. Das bedeutet, dass aus dem Tagebau Welzow
33 weniger Kohle verstromt werden soll als aktuell geplant.

- 34 • Die Landesregierung trägt die Verantwortung, die Region und die
35 betroffenen Arbeitnehmer*innen auf einen Kohleausstieg 2030 vorzubereiten.
36 Dazu sind klare Perspektiven und Planungssicherheit notwendig.
37 Kooperationen wie die zwischen LEAG und DB zeigen, wie der Strukturwandel
38 konkret aus Arbeitnehmersicht funktionieren kann. Gleichzeitig herrscht in
39 der Region ein großer Fachkräftemangel vor - das ist inzwischen eine der
40 größten Herausforderungen des Strukturwandels. Das zeigt, dass nur ein
41 ganzheitlicher Strukturwandelprozess, der neben Arbeitsplätzen auch andere
42 Aspekte in den Blick nimmt, gelingen kann.

- 43 • Es dürfen keine Steuergelder als Entschädigungen an Braunkohleunternehmen
44 fließen.

- 45 • Die weitere Klimapolitik in Brandenburg muss den Budgetansatz als
46 Grundlage für alle weiteren Maßnahmen nehmen. Wir fordern ein
47 Klimaschutzgesetz für Brandenburg, das die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze
48 forciert!

- 49 • Jegliche Braunkohle, die aus Gründen der Versorgungssicherheit früher als
50 geplant verstromt wurde, darf hinten raus nicht zu einer Erhöhung der
51 Gesamtkohlemenge führen, sondern muss später eingespart werden.

- 52 • Die Transformation der ehemaligen Tagebaue hinzu einer neuen Nutzung
53 (bspw. Seen) muss an die Herausforderungen des Klimawandels insbesondere
54 der Wasserknappheit angepasst werden. Das bedeutet, dass keine riesigen,
55 flachen Seen entstehen dürfen - sondern möglichst kleine, tiefe um die
56 Verdunstungsfläche zu reduzieren.

- 57 • Bei der Sanierung der Tagebaue der LEAG darf sie als Braunkohlebetreiber
58 auf keinen Fall aus ihrer bergrechtlichen Pflicht entlassen werden, die
59 vollkommene Sanierung der Flächen durchzuführen.

60 Die Transformationsbestrebungen und Investitionen der LEAG in erneuerbare
61 Energien im Rahmen des Projekts "Gigawattfactory" begrüßen. Der Rahmen muss
62 jedoch mit klaren Begrenzungen im Abbau und bei der Verstromung von Kohle
63 politisch vorgegeben werden, anstatt sich unter dem Deckmantel der

64 Versorgungssicherheit weiter der Kohle zu verpflichten. Die "Gigawattfactory"
65 beinhaltet bei Weitem nicht nur den Ausbau von Erneuerbaren Energien. Die LEAG
66 plant die Errichtung von Erdgaskraftwerken in einer Größenordnung von 2.700
67 Megawatt. Auch wenn ein großer Teil dieser Erdgaskraftwerke "H2-Ready" (bereit,
68 Wasserstoff anstatt Erdgas als Energieträger zu verarbeiten) sein soll, lehnen
69 wir diese Planungen klar ab. Sie bedeuten Investitionen in die fossile
70 Infrastruktur.

71 In diesem Kontext von Erdgas als einer "Brückentechnologie" zu sprechen ist
72 falsch und fahrlässig. Die Nutzung von Wasserstoff ist als Energieträger
73 momentan noch ineffizient und unwirtschaftlich.

74 **Deshalb fordern wir:**

- 75 • Keine Investitionen in den Bau weiterer Erdgaskraftwerke!
- 76 • Beschleunigter Ausbau der Infrastruktur für erneuerbare Energien, von
77 Erzeugung bis Speicherung.
- 78 • Flächen für Solarparks müssen ökologisch aufgewertet sowie Potenziale für
79 Natur- und Artenschutz identifiziert und genutzt werden. Der Widerspruch
80 von Denkmalschutz und Photovoltaik-Dächern muss aufgelöst werden. Der
81 Widerspruch von Weltkulturerbe und Photovoltaik-Dächern muss aufgelöst
82 werden.

Begründung

Glossar:

1,5-Grad-Grenze = Hauptergebnis des Pariser Klimaabkommens, das die globale Erderwärmung durch die Klimakrise auf maximal 1,5°C begrenzen möchte

Planungssicherheit = Sicherheit für Menschen, die von Veränderungsprozessen betroffen sind, dass sie z. B. nach dem Stopp von Kohleverstromung auch weiterhin noch eine Arbeit in der Region haben

LEAG = Energieunternehmen in der Lausitz, das Bergbau betreibt, (Kohle-)Kraftwerke unterhält und mit dem Vertrieb Geld verdient

Entschädigungszahlungen = Gelder, die als Ausgleich an z. B. ein Unternehmen gezahlt werden, wenn es durch rechtliche Bestimmungen finanzielle Nachteile erfährt

Versorgungssicherheit = die Sicherheit, dass das Stromnetz zuverlässig und durchgängig funktioniert

Transformationsbestrebungen = Ziele, etwas zu verändern

Megawatt = Physikalische Maßeinheit für einen Energieumsatz pro Zeitspanne, 1 Megawatt sind 1 Million Watt

Brückentechnologie = von einigen als Zwischenlösung propagierte Technologie, um die Umstellung von fossilen Energien auf erneuerbare Energien zu überbrücken